

Hessens Kultusminister Lorz verkennt die Bedeutung ökonomischer Kompetenzen – Chance zur Stärkung des Schulfaches Politik und Wirtschaft im Schulerschluss mit der SPD vertan

Düsseldorf, 19. November 2021 – Der hessische Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz hat sich in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Karin Hartmann und Manuela Strube (beide SPD) gegen die Stärkung der ökonomischen Bildung in der Schule ausgesprochen. Lorz verkennt die gewachsene Bedeutung wirtschaftlicher Kompetenzen und vertut die Chance einer parteiübergreifenden Initiative zur Stärkung des Schulfaches Politik und Wirtschaft.

Laut Kultusminister Prof. Lorz hat die ökonomische Bildung an hessischen Schulen bereits einen hohen Stellenwert. Die erstmals 2021 durchgeführte OeBiX-Studie zum Stand der ökonomischen Bildung in Deutschland zeigt, dass Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern nur einen mittleren Platz belegt. Defizite bestehen insbesondere an der Haupt-, Real- und Gesamtschule. Ungenügend ist zudem die Lehrkräfteausbildung. Wirtschaftsdidaktische und wirtschaftswissenschaftliche Inhalte spielen in den relevanten Lehramtsstudiengängen eine untergeordnete Rolle. Wirtschaftsdidaktische Lehrstühle sind an keiner Universität in Hessen vorhanden. „Die vom hessischen Kultusminister formulierte Zielsetzung, Schülerinnen und Schüler auf ihre Rolle als politische Bürgerinnen und Bürger vorzubereiten, verkennt die Bedeutung ökonomischer Kompetenzen als Kernbaustein einer zukunftsorientierten modernen Allgemeinbildung. Dabei geht es um Finanz- und Verbraucherbildung, Wertebildung, das Verständnis von Unternehmertum, um ökonomische Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit“, so Verena von Hugo, Co-Vorsitzende des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland. „Um diese Themenvielfalt fundiert zu unterrichten, muss das Lehramtsstudium fachlich und wirtschaftsdidaktisch qualifizieren. Das kann vom Deutsch- oder Geschichtslehrer nicht erwartet werden.“

Zahlreiche Umfragen belegen zudem den Wunsch vieler Jugendlicher nach mehr Wirtschafts- und Finanzbildung. Allein im zweiten Halbjahr 2021 sind fünf Bildungsstudien* erschienen, darunter vom DIW Berlin und vom Münchener ifo Institut, die deutschlandweit einen zunehmenden Mangel an ökonomischen Kompetenzen und zugleich ein erhöhtes Bewusstsein und Bedürfnis nach ökonomischer Bildung dokumentieren.

„Vor dem Hintergrund vieler Studien, die den Ruf nach mehr ökonomischer Bildung unüberhörbar machen, und den guten Ansätzen am Gymnasium in Hessen im Fach Politik und Wirtschaft ist es irritierend, dass Kultusminister Lorz eine Stärkung der ökonomischen Bildung ablehnt“, sagt Sven Schumann, Co-Vorsitzender des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

„Die hessische Landesregierung ignoriert das Bedürfnis der Jugendlichen, mehr wirtschaftliche Kompetenzen vermittelt zu bekommen, ebenso wie die Chance einer parteiübergreifenden Initiative zur Weiterentwicklung des Schulfaches Politik und Wirtschaft in Hessen“, erklärt Jürgen Böhm, Mitglied im Vorstand des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer

(VDR) und Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands (DL). „Hessen würde gut daran tun, dem Beispiel Baden-Württembergs zu folgen, das mit der Einführung des Schulfaches Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung 2016 gezeigt hat, wie man Lehrpläne und die Lehrkräfteausbildung zukunftsorientiert weiterentwickeln kann“, so Böhm weiter.

Über das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland

Das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ist eine gemeinnützige Initiative von Lehrkräften, Verbänden, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Verankerung ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein – in angemessenem Umfang, fundiert vermittelt und verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander. Aktuell unterstützen mehr als 80 überwiegend institutionelle Mitglieder das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland.

Internet und Hashtags

www.boeb.net

#BOEB_NET

#ökonomischeBildung

* Studien 2021:

- Flossbach von Storch Stiftung [OeBiX-Studie](#)
- Bankenverband [Jugendstudie](#)
- Finanztip Stiftung [Finanzwissen-Studie](#)
- Union Investment [Finanzbildungsstudie](#)
- ifo [Bildungsbarometer](#)
- DIW Wochenbericht [Nationale Strategie für finanzielle Bildung](#)

Pressekontakt

Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger

E-Mail: presse@boeb.net

Telefon: +49 211 – 385 85-98